

# Erfolgreiche Protestkundgebung

**alv-Protestkundgebung.** Die Worte waren deutlich, gar zornig, als sich am 8. November über 8000 Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler, Schulleitende, Schulpflegerinnen und Schulpfleger, Kantonspolizisten, Angestellte des Gesundheitswesens und viele mehr in Aarau beim Grossratsgebäude versammelten, um ihren Unmut gegen die Abbauvorschläge der Regierung lautstark kundzutun.

Schon im Zug von Lenzburg nach Aarau war kein Stehplatz mehr frei und so dürfte es in anderen Zügen und Bussen ebenfalls gewesen sein, die gegen 13 Uhr in Aarau ankamen. Auf dem Bahnhofplatz wurden Ballone aufgeblasen, Transparente entrollt, Buttons mit der abgebissenen Birne (Slogan alv: «Für volle Äpfel statt leere Birnen») verteilt, Handys zum Fotografieren gezückt. Im niesigen Winterwetter mit Schneeregen fielen die grünen, weissen und schwarzen Ballone der Kantilehrerinnen und -lehrer auf, ebenso das schon vor zwei Jahren zum Einsatz gekommene pinkfarbene Schwein des vpod («Stopp den Sparschweinereien»), das noch etwas mehr Helium vertragen hätte. Pünktlich um 13 Uhr zogen die Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer los, angeführt vom alv, der die Protestkundgebung tadellos organisiert hatte. Wer sich dem leicht erhöht liegenden Grossratsgebäude näherte und einen

Blick zurück in die Bahnhofstrasse warf, sah, dass da wirklich Tausende gekommen waren, um ihren Unmut persönlich kundzutun – mit Trillerpfeifen, Transparenten und Zwischenrufen.

Gegen 13.30 Uhr vor dem Grossratsgebäude musste alv-Präsidentin Elisabeth Abbassi übers Mikrofon die zahlreichen neu Ankommenden bitten, auch hinter dem Gebäude im Park zu stehen. Ein Korridor durch die Menge blieb frei: Er war den Grossrätinnen und Grossräten vorbehalten, die am Nachmittag ihre Sitzung hatten (vgl. Beitrag Seite 14).

«Tausende von Lehrpersonen, von Schulleiterinnen und Schulleitern, Schulpflegerinnen, Staatsangestellten und besorgten Eltern, Studentinnen und Studenten ste-

hen hier und wehren sich gegen den geplanten Bildungsabbau und gegen die verfehlte und teure Personal- und Finanzpolitik des Kantons Aargau», begrüsst Elisabeth Abbassi die Anwesenden im Namen des alv und der mitunterzeichnenden Verbände VASP, VSLAG und Schule und Elternhaus. Es sei allen hier wichtig, den Politikerinnen und Politikern zu zeigen, dass mit den Abbaumassnahmen eine rote Linie überschritten worden sei, meinte sie unter lautem Pfeifen und viel Applaus. «Ihr seid hier, weil ihr die Schädigungen des Kantons nicht einfach hinnehmen wollt, weil ihr enttäuscht und wütend über die Abbauvorschläge seid!» Der Kanton mit den tiefsten Pro-Kopf-Ausgaben der Schweiz habe ein Einnahmen-, nicht ein Ausgabenproblem. «Viele Leute sind nicht bereit, die Rech-

**Der Protestzug setzt sich pünktlich um 13 Uhr in Bewegung – hier die Kantilehrerinnen und -lehrer mit weissen, grünen und schwarzen Ballonen.**



Claudia Lauener verteilt – wie viele andere alv-Verbandsratsmitglieder – die Buttons mit der «leeren» Birne.



Guter Dinge: Manfred Dubach und Kathrin Scholl, die beiden Geschäftsführenden des alv, führten den Demonstrationzug durch die Bahnhofstrasse in Aarau an.



Protestkundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, so weit das Auge reicht: Über 8000 fanden sich bei Schneeregen vor und hinter dem Grossratsgebäude ein. Fotos: Simon Ziffermayer und Irene Schertenleib.



«Wir lassen uns nicht Metzgen!» – diese Schülerinnen und Schüler fanden für ihren Slogan eine einfache und wirkungsvolle Bildsprache.



Und so präsentierte sich die Bahnhofstrasse von leicht erhöhtem Standpunkt aus ...

Auf dem Rednerpodium sprach sich alv-Präsidentin Elisabeth Abbassi vehement gegen die verfehlte Finanzpolitik des Kantons aus.



« Wir sind nicht bereit, die Rechnung für die völlig verfehlte Finanzpolitik des Kantons zu bezahlen. »

Elisabeth Abbassi



In Anlehnung an eine Regierungs-Anwärterin wurde aus dem Rotstift der Rothstift.



Auch diese beiden Mädchen wehrten sich gegen die vorgeschlagene Kürzung ihrer Bildungszeit.



nung für eine völlig verfehlte Finanzpolitik der letzten Jahre zu bezahlen.» Nach diesen deutlichen Worten verlas Abbassi eine Grussbotschaft des vpod Zürich, der seinerseits eine Delegation des Zürcher Bündnisses «Abbau stoppen» nach Aarau entsandt hatte. Allerdings unterbrach sie diese mehrmals, weil noch weitere ausgefüllte Resolutionsbögen aus der Menge am Rednerpult eintrafen. Bis zur Übergabe um 14.30 Uhr an Marco Hardmeier wurden es 49 130. Unterdessen sind im alv-Sekretariat hunderte weitere Unterschriften eingegangen.

### Inakzeptable Abbauvorschläge

Elisabeth Abbassi stellte die wichtigsten von der Regierung für das Budget 2017 vorgeschlagenen Abbaumassnahmen vor: Primarschülerinnen und -schüler müssten in Deutsch, Realien, Textilem Werken und Musik einen Lektionenabbau von 117 Lektionen hinnehmen, Klassen mit 20 Schülerinnen müssten gegenüber heute auf zwei bis drei Teilungslektionen (ungebundene Lektionen) verzichten. Das sind hochgerechnet auf die ganze Primarschulzeit 585 Lektionen weniger Bildungszeit, was 30 Schulwochen eines Erstklässlers entspricht. Würde dieser Abbau tatsächlich gutgeheissen, könnten Primarlehrpersonen nicht mehr zu 100 Prozent in ihrer Klasse arbeiten, ab 2017 stünde ihnen elf Prozent weniger Arbeitszeit zur Verfügung. «Dafür verlangt der

## «Will sich der Kanton Aargau mit diesen Abbaumassnahmen zum Schweizermeister des Bildungsabbaus machen?»



Beat Petermann,  
Co-Präsident VSLAG

### Ein Tabu gebrochen

Beat Petermann, Co-Präsident des VSLAG, erinnerte die Anwesenden an die Protestkundgebung «Aufstand der Anständigen» vom 23. September 2015 in Aarau. Damals kamen 4000 Leute, um sich für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen. Die Protestkundgebung hier, so Petermann, sei ebenfalls eine Versammlung von Anständigen, die sich gegen etwas Unanständiges wehrten: gegen den Abbau in der Stundentafel. Damit sei ein Tabu gebrochen. Der VSLAG sagt klar nein zum vorgeschlagenen Abbau von Pflichtfächern und zur Abschaffung des Wahlfachs Geometrisch-Technisches Zeichnen an der Oberstufe, das könne sich der Aargau angesichts der vielen KMUs im Kanton gar nicht leisten. Auch sei genug abgebaut bei den Pensen von Lehrpersonen. Pointiert-ironisch fragte Petermann, in welche Richtung das für 2018 bereits angekündigte Sparprogramm gehen werde: «Soll etwa das Werken abgebaut werden? – Es gibt ja wunderbare Freizeitwerkstätten in den Gemeinden.» Und für den Fremdsprachenunterricht könnten gutbetuchte Eltern ihren Kindern ja einen Ferienkurs in Nizza finanzieren. Er appellierte an die Grossrätinnen und Grossräte, auf die Kürzung des Bildungsangebots zu verzichten, ebenso auf allfällige Kompensationsmassnahmen beim Personal oder in anderen Aufgabenbereichen.

## «Dieser Bildungsabbau ist ein Stich ins Nervenzentrum der Bildung.»



Franco Corsiglia,  
Präsident VASP

### Abbau von Pflichtstunden und Wahlfächer ist nicht verhandelbar

«Es geht hier nicht um infrastrukturelle Korrekturen, sondern es geht ans Eingemachte», eröffnete Franco Corsiglia, der Präsident der Vereinigung der Schulpflegerpräsidentinnen und -präsidenten Aargau (VASP), seine Rede. Der vorgesehene Abbau von Fächern und Lektionen bedeute einen Bildungsentzug für die Aargauer Jugend, die der Kanton doch immer wieder als das «höchste Gut» bezeichne. Corsiglia zeigte Unverständnis gegenüber dem vorgesehenen DaZ-Abbau: «Wir alle wissen, wie stark die Zunahme an fremdsprachigen Kindern an unseren Schulen ist und noch sein wird.» Integration sei aber nur über Sprache möglich. Es werde nun von den Lehrpersonen erwartet, dass sie all das Versäumte nachholten, um aus den Schülerinnen und Schülern integrationsfähige und sprachverständige Menschen zu machen, die in der Wirtschaft bestehen können. Die Schulpflegerinnen und Schulpfleger würden nicht akzeptieren, so Corsiglia, dass das Recht der Schülerinnen und Schüler auf Bildung geschwächt werde: «Pflichtstunden und Wahlfächer sind nicht verhandelbar.»

## «Was macht ein alleinerziehender Elternteil, wenn es keine Blockzeiten mehr gibt?»



Susanne Menegaldo,  
Präsidentin Schule &  
Elternhaus

### Ein Schritt Richtung Steinzeit

Susanne Menegaldo zeigte sich besorgt über die Auswirkungen der Abbauvorschläge auf das Familienleben. Wenn Kürzungen der Unterrichtsstunden an der Primarschule angenommen würden, könnten regelmässige Blockzeiten nicht mehr gewährleistet werden: «Die festen Strukturen, die man den Kindern und Familien damit auch vermitteln will, gehen verloren.» Vielen Erwachsenen – und hier treffe es meist die Mütter – sei eine regelmässige Arbeit nicht mehr möglich. Dies hat Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, die dann eine weitere Sparrunde bedingen. «Hier beisst sich die Katze in den Schwanz», fasste Menegaldo das Geschehen bildlich in Worte. Der Verein befürchtet, dass die Entwicklungen den Privatschulen in die Hand spielten: «Wer es sich leisten kann, greift auf diese Möglichkeit zurück, nicht zuletzt, weil die Kinder den ganzen Tag beaufsichtigt sind.» Das führe zu einer Zweiklassengesellschaft. Wenn der Grosse Rat den Massnahmen zustimme, mache man damit einen riesigen Schritt zurück Richtung Steinzeit: «Wir dürfen nicht zulassen, dass die Kinder ausbaden müssen, was im Finanzbereich des Kantons verbockt worden ist», gab sich Menegaldo kämpferisch.

Kanton aber immer besser und individueller geförderte Schülerinnen und Schüler», meinte Abbassi sarkastisch. Dass dieser Abbau zu Stress und Erschöpfung führe, liege nahe. Optimistisch stimme aber, so Abbassi, dass die beiden vorbereitenden Bildungs- und Finanzkommissionen sich gegen die beiden Massnahmen ausgesprochen hätten.

### Gleiche Arbeit, gleicher Lohn?

#### Das war einmal

Heute heisst die Devise: Mehr Arbeit, weniger Lohn. Die Arbeitsplatzsicherheit sei mit den sich ständig folgenden Abbaumassnahmen «längstens beerdigt worden». Besorgt zeigte sich die alv-Präsidentin darüber, dass bereits im ersten Dienstjahr 20 Prozent, nach fünf Dienstjahren gar 50 Prozent der Lehrpersonen dem Aargau verloren gehen. «Das ist aber nicht erstaunlich, wenn der Aargau eine Lohnnullrunde nach der anderen beschliesst und die umliegenden Kantone für jüngere Lehrpersonen attraktivere Angebote machen.» So werde das Lohnsystem immer mehr verzerrt. Der Kanton sei heute nicht mehr konkurrenzfähig: Das Beispiel einer 32-jährigen Primarlehrerin, die pro Jahr 17 000 Franken weniger verdient, als in den umliegenden Kantonen, führt zur spürbaren Abwanderung junger Lehrerinnen und Lehrer in andere Kantone. Im Aargau verbleiben ältere, teurere Lehrpersonen. Den Staatshaushalt sanieren, so das Fazit von Abbassi, könne der Kanton nicht durch Steuersenkungen, sondern durch die Investition in die Bildung junger Menschen.

Auch die Situation der Beratungsdienste Aargau (BDAG) gibt zu Besorgnis Anlass. Man habe dort die diesjährigen Abbaumassnahmen noch nicht einmal richtig umsetzen können, nun folge schon die nächste Runde: «Berufsberatung kürzen heisst aber, den Jugendlichen den Zugang zu einer schnelllebigen Berufswelt zu erschweren und Lehrabbrüche in Kauf zu nehmen.» Der alv wehrt sich gegen den weiteren Abbau bei der BDAG, der die Angestellten krank mache. Bevor Elisabeth Abbassi das Wort ihren Nachrednern übergab, hielt sie nochmals deutlich fest:

Die Stimmung ist gut, trotz miesem Wetter und trauriger Sparpolitik.



Nicht mit Musik wie beim Rattenfänger von Hameln, sondern mit besseren Löhnen locken die Nachbarkantone junge Lehrpersonen.



«Wir sind nicht mehr bereit zuzuschauen, wie die Bildung unserer Jugendlichen leichtsinnig an die Wand gefahren wird.» Auch wenn sich im Nachgang der Protestkundgebung einige Grossrätinnen und Grossräte ungerührt zeigten über die Pro-

testkundgebung, hat sie ihre Wirkung mit Sicherheit nicht verfehlt. Der alv sowie seine partnerschaftlich verbundenen Verbände VLSAG, VASP und Schule und Elternhaus machten deutlich, dass sie auch weitere Bildungsabbau-Vorschläge

nicht akzeptieren werden. Denn es geht um die Zukunft der nächsten Generation und letztlich auch um den Erhalt von Bildung und Wohlstand im Kanton.

### Reden des vpod Aargau, Syna und der Kantonspolizei Aargau

Nach den Reden von Beat Petermann (VSLAG), Franco Corsiglia (VASP) und Susanne Menegaldo (Schule und Elternhaus) (vgl. Seite 10) richteten drei weitere Vertreterinnen und Vertreter von Personalverbänden Worte an die Kundgebungsteilnehmenden. Die Regionalsekretärin des vpod Aargau, Silvia Dell'Aquila sprach Klartext, als sie sagte: «Schuld an der finanziellen Misere im Aargau ist die Finanzpolitik». Steuer-gelder seien verschenkt worden, die jetzt

allenthalben fehlten: Auch in der Gesundheitspolitik seien die Auswirkungen gravierend: In Spitälern werde – trotz Ärztemangel – die Mittel für die Ausbildung von Ärzten gekürzt, im Pflegebereich Ausbildungsplätze abgebaut. «Das ist aus unserer Sicht fahrlässig.»

Walter Iseli von der Kantonspolizei Aargau zeigte sich enttäuscht und getäuscht von der Regierung. Rund ein Jahr nach Einführung der Parkplatzgebühren wolle diese den Kantonspolizisten die pauschale Entschädigung für das Auto streichen: «Wir verlieren innert kürzester Zeit wiederum einen Lohnbestandteil und das in einer Zeit, in der der in Aussicht gestellte angeblich gerechtere Leistungslohn durch drei Nullrunden schon lange ausgehebelt worden ist.»

Marco Piovanelli von der Gewerkschaft Syna empörte sich darüber, dass die Regierung trotz Triple-A-Status immer davon spreche, wie schlecht es dem Kanton finanziell gehe. Das Sparen auf Vorrat – gegeben durch die Schuldenbremse – sei nicht sinnvoll. Kein Verständnis hat die Syna auch für den Vorwurf, die Verwaltung sei übermässig aufgeblasen: «Die Verwaltung hat in den letzten Jahren bereits 120 Stellen abgebaut». Er erinnerte daran, dass das Parlament über Angebote entscheide, die die Schaffung von Stellen nach sich ziehen. Vergessen gehe auch, so Piovanelli, dass der Kanton in den letzten zehn Jahren enorm gewachsen sei. Das führe automatisch zu mehr Aufgaben und Arbeit.

Irene Schertenleib



Resolutionsbögen gleich kistenweise – auf dem alv-Sekretariat wurde noch bis am Mittag ausgezählt.

### Resolution überreicht



Marco Hardmeier nimmt die Pakete mit den Unterschriften entgegen. Foto: Simon Ziffermayer.

Elisabeth Abbassi, Manfred Dubach, Kathrin Scholl (alv) und Beat Petermann, Franco Corsiglia und Susanne Menegaldo übergaben Grossratspräsident Marco Hardmeier während der Kundgebung gut 49 000 Unterschriften. Elisabeth Abbassi riet: «Der Grosse Rat tut gut daran, die Stimmen ernst zu nehmen. Bildungsabbau ist in der Aargauer Bevölkerung nicht mehrheitsfähig.» Das habe bereits die Abstimmung 2015 gezeigt, wo sich die Stimmbevölkerung gegen die «Leistungsanalyse» gewehrt habe. Marco Hardmeier seinerseits bedankte sich mit knappen Grussworten und meinte: «So viele Unterschriften sind eindrücklich». Dass so viele Leute da seien, sei ein starkes Signal an den Kanton. Hätte man die nachträglich eingegangenen Unterschriften auch noch abgegeben – die Grenze von 50 000 wäre geknackt worden. Zum Vergleich: So viele Unterschriften sind nötig, um ein Referendum auf Bundesebene zu ergreifen.